



Claudia Roth zu Gast in der GIZ
Staatsministerin beim Bundeskanzler
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Mittwoch, 08. Februar 2023 | 18:00 - 19:30 Uhr

"Die Rückgabe der Benin-Bronzen ist auch die Voraussetzung für ein anderes Verhältnis zwischen Deutschland und Nigeria, zwischen Europa und Afrika. [...] Die Beninbronze wird zum Türöffner, um sich mit der eigenen kolonialen Geschichte auseinanderzusetzen. [...] Diese Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, mit kolonialem Unrecht, mit Dekolonialisierung, die fängt jetzt erst an und das ist auch ein ganz wichtiger Teil meiner Arbeit, der Erinnerungskultur."

Im Gespräch mit Karin Kortmann, Leiterin der GIZ-Repräsentanz Berlin, sprach Kulturstaatsministerin Claudia Roth über die Bedeutung der Menschenrechte im In- und Ausland, die Rolle der Kultur als Bindeglied in der Gesellschaft und über dekoloniale Vergangenheitsaufarbeitung als Grundstein für eine gemeinsame Zukunft afrikanischer und europäischer Gesellschaften.

Zu Beginn der hybriden Veranstaltung erinnerte Karin Kortmann an die zahlreichen Opfer der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und in Syrien und appellierte an das Publikum, großzügig zu spenden. Auch hier werde wieder deutlich, wie sich Krisen besonders in fragilen Kontexten überlagern. Claudia Roth bekräftigte, das ganze erste Regierungsjahr sei von Krisen dominiert worden. Das hätte die Zielsetzungen des Koalitionsvertrages teilweise ausgebremst. Klimakrise, Pandemie, Energiekrieg, diese Krisen würden sich wie tektonische Platten überlagern. „Ich hoffe sehr, dass das nicht zum neuen Normal wird,“ so Roth.

In dieser Situation sei es wichtig, mit breiten gesellschaftlichen Bündnissen im Dialog zu bleiben. Auch um zu vermitteln, dass politische Mehrheiten oft Kompromisse erfordern. Mit Blick auf die Klimakrise sei das besonders schwer, aber Politikfähigkeit heiße auch Kompromissfähigkeit. Dieser Zwiespalt zeige sich besonders im Kontext der Energiekrise und beim Thema Waffenlieferungen an die Ukraine.

Denn obwohl im Koalitionsvertrag eine restriktive Rüstungsexportpolitik festgelegt wurde, erkenne die Bundesregierung das internationale Recht auf Selbstverteidigung souveräner Staaten an und könne daher der Ukraine die Mittel zu seiner Durchsetzung kaum verwehren. Das sei

jedoch keine einfache Entscheidung. Nach einem Jahr Krieg würden sich nun die Stimmen für eine ukrainische Kapitulation mehren. „Aber was um alles in der Welt wäre das für ein Frieden? [...] Ich glaube die Unterstützung ist überlebenswichtig für die Menschen dort und für unsere Werte“, unterstrich Roth.



Claudia Roth, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Menschenrechte – im eigenen Land anfangen

Roth lobte die Solidarität, die viele Ukrainer*innen in Deutschland erfahren würden. Diese hinge jedoch auch mit ihrem von Anfang an besonderen Status zusammen. Man müsse jedoch die Rechte aller Menschen gleich achten. Dabei

gelte es besonders, Menschenrechtsverletzungen in der eigenen Gesellschaft als solche anzuerkennen und anzuklagen. Das wiederum sei in Deutschland ein langer Erkenntnisprozess gewesen. Erst 1998 wurde der Menschenrechtsausschuss des Bundestages ins Leben gerufen. Vormalig war dieser als Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses zusammengekommen. „Menschenrechtsverletzungen fanden in der Außenpolitik statt, aber nicht in der Innenpolitik.“ Aber auch in Deutschland komme es vor, dass Menschenrechte missachtet würden, zum Beispiel, in der Pflege, im Kontext von Migration und im Leben queerer Menschen.

Feminismus und Entwicklung

Menschenrechte seien auch eng mit der feministischen Idee verbunden, denn der Feminismus wolle selbstbestimmtes Leben ohne Unterdrückung ermöglichen. Dem würden sich einige Maskulinisten wie Putin, Erdoğan oder Bolsonaro entgegenstellen.

In der Entwicklungszusammenarbeit sei das Thema Feminismus auch zentral, da Mädchen durch die Pandemie zum Beispiel besonders häufig unter Schulunterbrechungen gelitten hätten und die häusliche Gewalt weltweit massiv zugenommen habe. Daher sei es wichtig, Frauen als Akteurinnen in den Fokus zu nehmen.



Kulturstaatsministerin Claudia Roth und Karin Kortmann, Leiterin der GIZ-Repräsentanz Berlin

Kultur als Lebenselixier und Gedächtnis unserer Gesellschaften

Als Staatsministerin für Kultur sei auch eine andere Form der Gewalt in ihr Blickfeld geraten. Russland greife in der Ukraine systematisch Kultureinrichtungen wie Archive, Kinos und Theater an. Damit wolle es die kulturelle Identität und Erinnerung der Ukrainer*innen zerstören. Im Ukraine-Krieg zeige sich, „was Kunst und Kultur uns wert sein muss für unsere Demokratie“, so Roth. Die Kultur sei ein Bindeglied, das die Demokratie belebe. Deshalb investiere die Bundesregierung 20 Millionen Euro, um Kunst und Kultur in der

Ukraine zu schützen und fördere auch russische Journalist*innen, die aus dem Exil berichten.

Der Versuch das kulturelle Gedächtnis einer Nation auszulöschen, spiegele sich auch im Kunstraub der Kolonialzeit. Mit der Rückgabe der Beninstatuen habe Deutschland daher auch ein Stück Erinnerung an Nigeria zurückgegeben. Wichtig sei dabei, durch die gemeinsame Erinnerung auch den Weg für eine gemeinsame Zukunft zu bereiten, so Roth. Dabei gehe es nicht zwangsläufig darum, sofort alles zurückzugeben, sondern sich auf Augenhöhe zu begegnen. „Für Nigeria war es wichtig, dass Deutschland den Eigentumstitel zurückgibt“, erklärte Roth. Ein solcher Vertrag sei bisher einmalig und übe nun auch Druck auf Länder wie Frankreich oder Großbritannien aus. Nigeria könne nun bestimmen, wo und wie die Bronzen ausgestellt werden. Roth hoffe zudem, mit wachsendem Vertrauen, könnten auch offene Wunden heilen. Durch Unterstützung beim Bau eines Museums in Nigeria wolle Deutschland dazu beitragen.

Auch die Mehrzahl der deutschen Museen sei hier sehr bemüht, insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Katalogisierung und Provenienzforschung. Zudem wolle Roth die Auseinandersetzung mit der eigenen kolonialen Geschichte auch auf der europäischen Ebene verankern. Dazu sei sie in Gesprächen mit Kolleg*innen aus verschiedenen Nachbarländern. Mit ihrer französischen Kollegin habe Roth bereits einen Fonds für gemeinsame Provenienzforschung vereinbart. „Der europäische Aspekt ist mir sehr wichtig“, betonte Roth. Oft finde sich die koloniale Vergangenheit weder in Geschichtsbüchern noch in europäischen Museen wieder. „Wir haben so einen Nachholbedarf, was koloniale Lernorte angeht, aber auch in der Frage was heißt eigentlich eine vielfältige Kultur in einer Einwanderungsgesellschaft. Da sind wir jetzt dabei die Erinnerungskultur und -politik zu erweitern. Das ist extrem wichtig für eine Gesellschaft, die zusammenhalten soll“, so Roth.

Zum Ende der Veranstaltung beschrieb Roth eine Reise, die sie in die pazifische Inselstaaten-Region und zum GIZ-Büro in Fiji unternommen habe. Angesichts des steigenden Meeresspiegels seien die Lebensgrundlagen in der Region akut bedroht. Die GIZ sei einer der wenigen Akteure die vor Ort unterstützen würden. „Da habe ich wirklich Kolleg*innen von der GIZ kennengelernt, die in dieser Region so etwas wie ein Hoffnungsanker sind. Dafür möchte ich mich von Herzen bedanken“, so Roth.

Kontakt

Alexandra Wormuth
GIZ-Repräsentanz Berlin
alexandra.wormuth@giz.de